



Europa

Ein Modell des Opferkapitalismus?

*Reicher Mann und armer Mann standen da
und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich:
„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“*

Bertholt Brecht

Momentan gibt es mit Blick auf die Europäische Union eine erneute Diskussion darüber, welchen Sinn der Zusammenschluss von 27 Staaten auf diesem Kontinent hat. Viele fragen: Ist Europa noch die friedliche und solidarische Staatengemeinschaft, die wir einst erhofften? Dient sie den Menschen zu einem Leben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit, oder bedient sie lediglich die Interessen einiger Weniger zur Festigung ihrer wirtschaftlichen Macht?

Die nüchterne Analyse lautet: Europa wurde von Spekulanten, von Interessenvertretern des internationalen Kapitals und von Großbanken in eine existentielle Krise befördert und die sogenannten Rettungsmaßnahmen, die von der EU ergriffen werden, führen nicht aus der Krise, sondern verschärfen sie noch.



■ Die „Rettungsmaßnahmen“

Die Ergebnisse sind: Die Zahl der Arbeitslosen in den „Krisenländern“ explodiert:

Portugal 15%, Griechenland etwa 25% und Spanien sogar über 25%.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt weit höher. In Portugal beträgt sie 35%, in Spanien und in Griechenland sogar über 50%.

Sozialleistungen werden in großem Umfang gekürzt. Insbesondere Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitslose sind elementar in ihrer Existenz bedroht.

In Portugal wurde der Mindestlohn auf 497 Euro im Monat gesenkt, tarifliche Vereinbarungen in Spanien und Portugal wurden völlig

ausgehebelt. Dadurch sind die Gewerkschaften ins Mark getroffen. In Portugal wurden die Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmer um 7% angehoben, und gleichzeitig für Arbeitgeber um 7% gesenkt.

■ Die Pläne der Kommission

Die EU-Kommission hat sogar vor, dass in ganz Europa die Löhne sinken bzw. langsamer steigen.

So arbeitet sie z.Z. an einem Abbau von Arbeitnehmerrechten in ganz Europa. Die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie soll zur Disposition gestellt werden. Die zuständige Abteilung der Kommission strebt an, dass es – so wörtlich – „insgesamt zu einer geringeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führen“ soll. Dies bedient ausschließlich den Interessen der Aktionäre und Arbeitgeber.

Dem Diktat des Großkapitals, das sind – die Banken, zu deren Rettung Unsummen zur Verfügung gestellt werden und die Ratingagenturen – werden Freiheit, demokratische Entscheidungsstrukturen und auch soziale Gerechtigkeit geopfert. Die drei großen



Ratingagenturen sind allesamt private und rein auf Gewinn orientierte Unternehmen mit Anteilseignern aus dem Großkapital. So ist z.B. der größte Anteilseigner von „Moody's“ der Multimilliardär Warren Buffet.



■ Die Verlierer

Die Tatsache, dass viele Menschen mittlerweile den Durchblick verloren haben, scheint dabei durchaus beabsichtigt zu sein. Intransparenz gehört anscheinend zum Kapitalismus.

Die Menschen spielen dabei überhaupt keine Rolle mehr – höchstens als Opfer. Diese Opfer, sowohl in den „Krisenländern“ wie auch in Deutschland – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Kranken, die Behinderten und insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die von den politischen Entscheidungsträgern gerne als „unsere Zukunft“ bezeichnet werden – sie haben diese Krise nicht verursacht. Sie haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt, wie man uns ständig erzählt.



■ Die Mitschuld des Exportweltmeisters

Richtig ist vielmehr, dass „starke“ Euroländer wie Deutschland ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Situation in Griechenland, Portugal und Spanien tragen. Der „Exportweltmeister“ Deutschland lebt zu einem nicht unerheblichen Teil davon, dass andere Länder seine Produkte auf Kredit kaufen. Dadurch haben sich die Staaten bei den Großbanken verschuldet. Gelegentlich sollen auch teure Waffengeschäfte dabei eine Rolle gespielt haben. Da wurde sehr viel Geld verdient. Also, die wirklichen Verursacher kommen wie so oft ungeschoren davon. Ja, sie verdienen sogar noch daran.



■ Gespaltene Gesellschaft

Die Spaltung in arm und reich wird weiter vergrößert. Deshalb brauchen die Menschen in Griechenland, Portugal und Spanien unsere Solidarität.

Und nochmal. Das betrifft nicht nur die sogenannten Krisenländer. Auch in Deutschland nimmt die Spaltung in arm und reich massiv zu. Der noch nicht vom Wirtschaftsministerium manipulierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt das eindeutig.

Das private Nettovermögen hat allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen zugenommen. Wo ist es wohl zu finden? 10% der deutschen Haushalte besitzt die Hälfte des Nettogesamtvermögens. Die restlichen 90% der Haushalte müssen sich mit der anderen Hälfte begnügen. Das ist ein Skandal! Und die Umverteilung von unten nach oben wird ständig weiter voran getrieben.

■ Untergrabung der Fundamente

Auch die relativ positiven Daten des deutschen Arbeitsmarktes sind nur ein Teil der Wirklichkeit. Sehr viele Menschen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen, in Mini-Jobs und im Leiharbeitssektor. Gut 2 Milliarden Euro zahlt der Bund – über Hartz IV – im Jahr, um Geringverdienern mit Vollzeitjob ein Existenzminimum – wenn man Hartz IV als solches betrachten will – zu sichern.

In der Politik und in der Ökonomie sind die ethischen Fundamente weggebrochen. Es fehlen die Visionen und die Grundlagen, dass Kapital und Wirtschaft dem Menschen zu dienen haben und dass nicht Menschen einer verfehlten Entwicklung geopfert werden. Es war von Beginn an Ziel, ein Europa der Menschen zu bilden und nicht ein Europa des Kapitals.

► Zurück zur solidarischen Gesellschaft

1. Kontrolle der Finanzmärkte
2. Umverteilung von oben nach unten
3. Spekulation besteuern
4. Reichensteuer
5. Arbeit gerecht zu verteilen
6. Keine Erhöhung des Rentenalters
7. Nachhaltiges Wirtschaften

Die parlamentarische Demokratie muss wieder die **Entscheidungshoheit** über die Finanz- und Kapitalmärkte gewinnen. Dies kann nur gelingen über ein gerechtes Steuersystem, welches die Starken belastet und die Schwachen entlastet, so dass eine **Umverteilung von oben nach unten** stattfindet.

Es sollte dringend eine internationale **Transaktionssteuer** gegen das weltweite Spekulantentum eingeführt werden. Die Kontrolle über die Kapitalflüsse, wie z.B. bei Hedgefonds, durch unabhängige Behörden ist unabdingbar. Auf nationalstaatlicher Ebene ist eine Vermögens- bzw. **Reichensteuer** da einzuführen, wo sie noch nicht existiert, damit gemeinsam mit den Einnahmen aus der Erbschaftssteuer eine Konsolidierung der Haushalte erreicht werden kann. Dies ist möglich, wenn es denn politisch gewollt ist!

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht es darum, **Arbeit gerecht zu verteilen** und die Menschen existenziell, orientiert am soziokulturellen Existenzminimum, abzusichern. **Keine Erhöhung des Rentenalters**, da dies in Wahrheit nur eine Rentenkürzung zur Folge haben würde.

Im Rahmen ethischer Diskussionen geht es darum zu beschreiben, wie **nachhaltiges Wirtschaften** möglich ist und wie man die Bürgerinnen und Bürger, sowohl auf europäischer Ebene, wie auch in den Nationalstaaten stärker beteiligt und sie in Entscheidungsprozesse mit einbindet. Dabei ist allerdings Transparenz eine wichtige Voraussetzung. Sie ist unverzichtbar in einer Demokratie.

Nicht nur aus biblischer Sicht sind die Fragen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und die notwendigen Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen. Modelle sozialer Gerechtigkeit können nur aus der Perspektive der Armen betrachtet werden und der alttestamentarische Schuldenerlass (s. Buch Nehemia, Kapitel 5) könnte als Chance für einen Neuaufbruch in Europa angenommen werden.

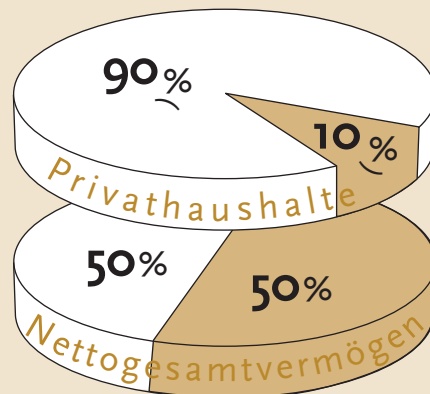
Robert Manstetten, Hartmut Wellssow,
Johannes Eschweiler, Wolfgang Fels

kurz gesagt:



Lasst Zahlen sprechen (Siehe Artikel)

10% der deutschen Haushalte besitzt die Hälfte des Nettogesamtvermögens. 90% der Haushalte müssen sich mit der anderen Hälfte begnügen.



mörderisch lecker

Den Kochkalender 2013 hat der Volksverein mit Köchen, Krimiautoren und Fotografen herausgebracht. Lassen Sie sich anregen! 10 Euro zuzügl. 2,- Versand. Bestellen: Emilie Bolten 02161/81893-0 oder e.bolten@volksverein.de www.volksverein.de/moerderisch-lecker

Der Draht zum Bündnisrat

Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de
Franz-Josef Breuer
breuerfj@hotmail.com
Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
hwellssow.cbartrina@t-online.de
Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de
Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
Alex Micha 02161/58 13 99
Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83
Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
buero@menschenwuerde-und-arbeit.de

Bankverbindung:

Förderverein Stiftung Volksverein MG
Sparkasse Mönchengladbach
(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
Verwendungszweck: Bündnis